

# Handwerk braucht keine Angst zu haben

Europaabgeordneter Dr. Markus Pieper zu Gast bei der Kreishandwerkerschaft

**KREIS WARENDORF.** Entwarnung für das Handwerk im Hinblick auf die volle Arbeitnehmer-Freizügigkeit für die 2004 der EU beigetretenen acht Länder gab der Europa-Abgeordnete Dr. Markus Pieper in einem Informationsgespräch mit Vertretern der Kreishandwerkerschaft Steinfurt-Warendorf. Durch die siebenjährige Übergangsfrist für Deutschland habe sich die Welle der Arbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropa, die nun uneingeschränkt Zugang zu dem deutschen Arbeitsmarkt erhalten, deutlich abgeflacht. Nicht mehr als 120 000 zusätzliche Arbeitskräfte für das gesamte Bundesgebiet werden erwartet. Deshalb sehen Kreishandwerksmeisterin Erika Wahlbrink und Hauptgeschäftsführer Paul Osterbrink von der

Kreishandwerkerschaft hier auch weniger eine Gefahr als vielmehr eine Chance für die Unternehmen, Fachkräfte zu gewinnen.

Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist jedoch nach Ansicht der Kreishandwerksmeisterin die genaue Beachtung der allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und eine möglichst große Transparenz und Vergleichbarkeit der jeweiligen nationalen Schul- und Bildungsabschlüsse. „Der Unternehmer in Europa muss bei Einstellungen klar erkennen können, ob der Arbeitnehmer die notwendigen Qualifikationen mitbringt, unabhängig aus welchem Land er kommt“, fordert Wahlbrink. Auch hier konnte Pieper beruhigende Signale aus Brüs-

sel geben, denn bei dem durch die EU eingeführten Leistungspunktesystem habe das deutsche duale Ausbildungssystem wegen der niedrigen Jugendarbeitslosigkeit und der engen Verzahnung mit der Wirtschaft einen großen Einfluss gehabt.

Während die EU-weite Arbeitnehmerfreizügigkeit weitgehend ihren Schrecken verloren habe, hatte das Thema „Energiepreise“ und vor allem die aktuell diskutierte Diesel-Steuererhöhung in dem Meinungsaustausch zwischen dem Europapolitiker und Handwerk deutlich mehr Brisanz. Pieper verwies darauf, dass die EU-Kommission nur die auch von Deutschland getragenen Klimaschutzziele umsetze, und dazu gehöre auch, dass bei der Besteuerung der

Kraftstoff der Energiehaushalt und der Kohlendioxid-ausstoß die Berechnungsgrundlage werden müsste.

Die steigenden Energiepreise in Deutschland sieht Pieper durch die durch das Energieeinspeisungsgesetz subventionierten regenerativen Energieformen und die angestrebte Energie-Autarkie der Regionen bedingt. Die positiven Beschäftigungseffekte für das Handwerk im Bereich der Photovoltaik und dem energieeffizienten Bauen, auf die Hauptgeschäftsführer Paul Osterbrink hinwies, seien gewiss zu begrüßen, auf der anderen Seite zahle man aber mit einem deutlich höheren Strompreis dafür. Pieper plädiert deshalb für eine europäische Lösung bei der Gewinnung erneuerbarer Energien.